

Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats vom 23.07.2018

1) Aufnahme und Versorgung von Fundtieren

Das Tierheim Biberach übernimmt für die Gemeinden im Landkreis die Unterbringung und Pflege von Fundtieren. Seit dem Jahr 2010 bezahlen die Gemeinden für die Übernahme dieser Pflichtaufgabe, unabhängig von der Anzahl an Fundtieren, jährlich 0,60 € je Einwohner an den Tierschutzverein Biberach. Da das Tierheim die Fundtierunterbringung nicht kostendeckend erbringen kann, ist es unter anderem notwendig, die Einwohnerpauschale auf 1,00 € je Einwohner zu erhöhen. Bürgermeister Schneider führte aus, dass sofern die Gemeinde die Leistungen des Tierheims nicht mehr in Anspruch nehmen will, eine gemeindeeigene Lösung zur Unterbringung von Fundtieren entwickelt werden muss. Dies wäre sicherlich um ein vielfaches teurer. Bürgermeister Schneider befürwortete es daher, weiterhin mit dem Tierschutzverein Biberach zusammenzuarbeiten. Der Gemeinderat stimmte dem zu und entsprach dem Antrag auf Erhöhung der Einwohnerpauschale auf 1,- € je Einwohner ab dem 01.01.2019.

2) Fortschreibung des Flächennutzungsplans

Bürgermeister Schneider informierte über die vorgesehenen Flächen, die im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplans im Verfahren angemeldet werden sollen. Hierbei ging er auf die einzelnen Ortsteile ein und erläuterte die vorgesehenen baulichen Erweiterungen. Der Gemeinderat nahm die Entwicklungsmöglichkeiten zur Kenntnis und stimmte den Entwurfsplanungen zu.

3) Feststellung der Jahresrechnung 2017

Bürgermeister Schneider informierte darüber, dass das Jahr 2017 aus finanzieller Sicht ein sehr erfolgreiches Jahr für die Gemeinde war. Die Gemeinde konnte hierbei von den sprudelnden Steuereinnahmen profitieren. Die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt, welche den Überschuss aus dem laufenden Betrieb darstellt, konnte im Jahr 2017 gegenüber den Planungen mit 985.000 € im Vollzug mit ca. 2,4 Mio. € deutlich übertroffen werden. Dies hat auch eine positive Auswirkung auf den Bestand der Allgemeinen Rücklage. Außerdem konnte die Verschuldung der Gemeinde von 169 € je Einwohner auf 154 € je Einwohner planmäßig reduziert werden. Damit hat die Gemeinde finanziell betrachtet weiterhin ein solides Polster, was in den kommenden Jahren sehr wichtig sein wird, da zahlreiche Investitionen anstehen. Anschließend erläuterte Kämmerer Bernhard Mayer in gewohnter Weise die Zahlen der Jahresrechnung. Beim Verwaltungshaushalt ergaben sich Mehreinnahmen in Höhe von rd. 1.378.650 €, die vor allem auf Einnahmenverbesserungen bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer sowie auf höhere Schlüsselzuweisungen vom Land zurück zu führen waren. Mehrausgaben sind insgesamt rd. 366.200 € angefallen, die sich hauptsächlich auf eine Erhöhung der Gewerbesteuerumlage, im Bereich der Wasserversorgung und Kosten des Bauhofs für Arbeiten für die Flüchtlingsunterkünfte beziehen. Die Abschlusszahlen des Vermögenshaushalts erhöhten sich gegenüber der Planung um 988.333 € auf nunmehr 3.363.321 €. Daneben haben sich aufgrund von Einsparungen Minderausgaben von rd. 403.270 € ergeben. Dadurch konnte anstatt der geplanten Entnahme eine außerplanmäßige Rücklagenzuführung von rd. 1,44 Mio. € getätigt werden. Nach kurzer Beratung beschloss der Gemeinderat die Jahresrechnung und stimmte den jeweiligen Mehr- bzw. Minderausgaben zu. Bürgermeister Schneider bedankte sich bei Kämmerer Mayer und seinem Team für die Erstellung des aufwändigen Zahlenwerks.

4) Baugesuche

Unter dem Tagesordnungspunkt Baugesuche wurde über einen Antrag auf immissionsschutzrechtliche Änderungsgenehmigung in Langenenslingen beraten. Zu einem

Antrag zur örtlichen Biogasanlage aus dem Jahr 2017 wurden nun mehrere Änderungen beantragt, die eine Verbesserung der Energieeffizienz und in gewissen Bereichen eine Reduzierung gegenüber den bisherigen Genehmigungen vorsehen. Der Gemeinderat erteilte das Einvernehmen und beauftragte die Verwaltung, eine entsprechende Stellungnahme abzugeben.

Außerdem erteilte der Gemeinderat das Einvernehmen für den Neubau eines Carports in der Biberstraße in Andelfingen sowie für den Abbruch einer Scheune und eines Stallgebäudes und dem Neubau eines Geräteschuppens im Eichertweg in Billafingen.

5) Vergaben

Der Gemeinderat hat die Verwaltung ermächtigt, den Auftrag für die Außen- und Innenputzarbeiten am Feuerwehrhaus in Ittenhausen an den wirtschaftlichsten Anbieter zu vergeben. Außerdem wurden die Tiefbauarbeiten für die Erschließung des Gewerbegebiets „Alzheimer Straße“ im Ortsteil Andelfingen an die Firma Hämmerle aus Oggelshausen zum Angebotspreis von 178.500 € vergeben. Hierbei wurde die Verwaltung ermächtigt, mit der Firma Hämmerle im Rahmen eines Nachtrags außerdem noch über die Erschließung der Restfläche des Gewerbegebiets zu verhandeln, da ursprünglich nur der nördliche Bereich des Gewerbegrundstücks zur Erschließung vorgesehen war. Für die Feldwegeunterhaltung wurde die Verwaltung ermächtigt, die Arbeiten an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben. Hierbei soll zukünftig ein anderes Material, mit einem höheren Lehmanteil eingebaut werden.

6) Bebauungsplan „Stucken“ konnte abgeschlossen werden

Bürgermeister Schneider erläuterte den Anwesenden das Bebauungsplanverfahren „Stucken“ in Langenenslingen. Hier sollen über den § 13b BauGB in einem vereinfachten Verfahren Bauplätze in Langenenslingen ausgewiesen werden. Er teilte mit, dass die Gemeinde bereits mehrere Anfragen hinsichtlich Baugrundstücken erhalten hat. Reservierungen sind jedoch noch nicht möglich. Interessenten können sich wie üblich erst nach öffentlicher Ausschreibung auf die Bauplätze bewerben. Hierzu wird zu gegebener Zeit eine Veröffentlichung im Mitteilungsblatt erfolgen. Anschließend erläuterte Herr Künster vom gleichnamigen Architekturbüro die eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der öffentlichen Auslegung. Aufgrund der Stellungnahmen eines Energieversorgers wurde eine Fläche für eine Umspannstation eingeplant. Außerdem wurden von Anwohnern verkehrsspezifische Bedenken geäußert. Diese haben insbesondere beantragt, eine 30 Km/h-Zone einzurichten. Solche Aspekte werden nicht im Rahmen des Bebauungsplans, sondern über eine verkehrsrechtliche Anordnung festgelegt. Umwelttechnische Belange stehen dem Bebauungsplan nicht entgegen. Herr Künster führte aus, dass der Satzungsbeschluss damit erfolgen kann. Bürgermeister Schneider erklärte, dass die Bedenken der Anwohner ernst genommen werden. Er sicherte zu, dass wie in den übrigen Baugebieten auch hier eine Tempo 30 Zone eingerichtet werden soll. Nach kurzer Beratung stimmten die Gemeinderäte dem vorliegenden Entwurf zu und fassten den Satzungsbeschluss sowie die weiteren notwendigen Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Bebauungsplanverfahren. Bürgermeister Schneider bedankte sich abschließend bei Herrn Künster und seinen Mitarbeitern für die sehr gute und vertrauensvoll Zusammenarbeit.

7) Erstellung eines Mietspiegels

Bürgermeister Schneider informierte darüber, dass die Verwaltungsgemeinschaft Riedlingen einen qualifizierten Mietspiegel erstellen möchte. Nachdem es derzeit

hierfür Fördermittel gibt und der Anteil der Gemeinde Langenenslingen abzüglich der Fördermittel etwa 1.500,- € beträgt, empfahl Bürgermeister Schneider diesen Service für die Bürgerschaft bereitzustellen. Der Gemeinderat stimmte der Beteiligung der Gemeinde an der Erstellung eines Mietspiegels innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft zu.

8) Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Bürgermeister Schneider teilte mit, dass in der letzten nicht öffentlichen Sitzung am 04.06.2018 die unbefristete Anstellung eines Mitarbeiters in der Grünpflege sowie der Verkauf des Grundstücks Flst. Nr. 1845, Gemarkung Ittenhausen beschlossen wurde.

9) Verschiedenes

Bürgermeister Schneider informierte darüber, dass das Landratsamt Biberach die Zuteilung weiterer Asylbewerber angekündigt hat. Danach soll eine männliche Einzelperson im Ortsteil Ittenhausen untergebracht werden. Außerdem wurde vergangene Woche in Andelfingen ein junger Mann aus dem Irak im Gästehaus aufgenommen. Zudem sind für die Unterkunft in Andelfingen zwei Afrikanerinnen mit 3 und 4 Kindern angekündigt. Der Zeitpunkt der Zuweisung steht hierbei jedoch noch nicht fest.

Der vorgesehene Termin der nächsten Sitzung ist am 17.09.2018.

Anfragen der Gemeinderäte

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde der Stand des Breitbandausbaus angefragt. Bürgermeister Schneider verwies auf die Informationsveranstaltung zu diesem Thema und teilte mit, dass es Schwierigkeiten gab, ein Tiefbauunternehmen zu finden, welches die notwendigen Restarbeiten ausführt. Zwischenzeitlich konnte eine solche Firma gefunden werden, die nun in der nächsten Zeit die noch notwendigen Arbeiten erledigen wird. Nach Fertigstellung dieser Arbeiten hat der Internetanbieter dann 6 Monate Zeit, um die aktive Technik aufzubauen und die Breitbandanschlüsse bereit zu stellen.